

MEINUNG

Viele Maulhelden

FLUGZEUGABSCHUSS Alle spekulieren fleißig über den Fall der Fälle. Konkrete Politik wird daraus nicht

Von Robin Mishra

Und wieder einmal Symbolpolitik! Verteidigungsminister Franz Josef Jung ist mit einer kraftvollen Ansage an die Öffentlichkeit gegangen: „Wenn es keine andere Chance gibt, unsere Bevölkerung zu schützen, dann muss auch ein Abschuss gestattet sein“, gab der CDU-Politiker den starken Mann. Sofort schallte es aus SPD und Opposition zurück: Ein Minister, der ankündigt, sich über Recht und Gesetz hinwegzusetzen, ist nicht tragbar.

In der Tat ist der Vorstoß Jungs problematisch. Seinen Soldaten hat er einen Bären dienst erwiesen. Ihnen bringt der Abschussbefehl eines Ministers juristisch nichts, sie müssten sich im Ernstfall persönlich vor den Strafgerichten verantworten. Zudem schürt der Verteidigungsminister Panik, ohne das Problem einer Lösung näher zu bringen.

Maulhelden sind aber auch alle, die jetzt Kübel der Empörung über Jung ausgießen. Denn die Gefahr, die der Verteidigungsminister an die Wand malt, existiert. Das war auch der rot-

grünen Vorgängerregierung bewusst. Sie brachte daraufhin ein Luftverkehrssicherheitsgesetz auf den Weg, das vom Karlsruher Verfassungsgericht gekippt wurde. Denn um andere Menschen zu retten, opfert der Staat im Fall eines Flugzeugabschusses das Leben unschuldiger Passagiere. Das darf er nicht – jedenfalls nicht auf einfachgesetzlicher Grundlage.

Entscheidend ist, dass die Debatte endlich dort geführt wird, wo sie hingehört: im Parlament.

Regeln lässt sich der Fall nur durch eine Änderung des Grundgesetzes, für die eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch. So hatte Innenminister Wolfgang Schäuble bereits vor Monaten ange-regt, das Grundgesetz um einen „Quasi-Verteidigungsfall“ zu erweitern. Auch diese Formulierung ändert nichts daran, dass sich der Flugzeugabschuss kaum abstrakt fassen lässt. Am Ende dürfte es weit klüger sein, die Ohnmacht einzugestehen und auf die konkrete Verantwortung des Verteidigungsministers und des Piloten zu setzen. Entscheidend ist, dass die Debatte darüber endlich dort geführt wird, wo sie hingehört: im Parlament.

Kunst, nicht normativ

„ENTARTUNG“ Kölns Kardinal Meisner hätte mehr interpretatorisches Wohlwollen verdient

Von Michael Rutz

Kölns Kardinal Meisner ist in seinem Leben und seinen Worten bisher nicht durch Unentschiedenheit aufgefallen. Wer, wie er, im totalitären Atheismus der DDR aufwuchs und auch unter Inkaufnahme persönlicher Nachteile nicht zum Mitläufer wurde, dem kann man einen Hang zum Faschismus nicht unterstellen. So einer weiß auch, dass Kunst, die per se einen Transzendenzbezug hat, Freiheit braucht, und Meisner hat das – als ausgewiesener Freund gerade auch moderner Kunst – oft formuliert. Deshalb hätte man – da er sich nun in einer ganz zweifellos unglücklichen Wortwahl verhedderte, als er eine von Gottesverehrung abgekoppelte Kultur „entartet“ nannte – erwarten dürfen, dass ihm nicht sofort unterstellt wird, er schließe sich semiotisch wie inhaltlich damit all dem an, was zu Zeiten des Nationalsozialismus mit diesem Begriff der „entarteten Kunst“ verbunden worden ist. Die Reaktionen aus dem säkularen Teil der Gesellschaft auf Meisners Wortwahl hätten differenzier-

Wer in der totalitären DDR an Unfreiheit litt, der weiß, dass Kunst Freiheit braucht.

ter, nachfragender ausfallen dürfen. Sogleich aber haben sich lautstark auch jene zur Kritik versammelt, die auch bei anderen Anlässen mit Religions- und Kirchenkritik schnell bei der Hand sind. Zu den reflexhaften, ungläublichen Wortentgleisungen zählte jedenfalls der Vorwurf des Zentralrats der Juden in Deutschland, Meisner sei ein „notorischer geistiger Brandstifter“ – gut, dass der Zentralrat das zurücknahm. Klar ist: Der Kunstbegriff darf normativ nicht verengt werden. Aber zur Freiheit dieses Begriffs zählt auch, dass Kunst dem Urteil des Betrachters ausgeliefert bleibt, das höchst individuell sein darf. Christliche Symbole, auch Christus am Kreuz, sind schon häufig zum Gegenstand einer Kunst geworden, die Christen geschmacklos, despektierlich, herabwürdigend, manchmal gar gotteslästernd finden konnten. Der Freiheit des Künstlers tut das keinen Abbruch. Aber manchmal wünschen sich die Christen im Lande bei solchen Debatten mindestens die Solidarität, die man Muslimen freigeigig entgegenbringt.

Moskauer Casting-Show

RUSSLAND Der Präsident sucht einen Nachfolger – und findet bloß Mittelmäßigkeit

Von Thomas Gutschker

Putin sucht den Superstar – die russische Version der Casting-Show, bei der statt eines Schlagernsternchens ein veritabler Präsident gesucht wird, bietet schon jetzt höchsten Unterhaltungswert. Und dabei ist es noch ein halbes Jahr hin bis zur Endrunde! Die Ein-Mann-Jury in Form des Amtsinhabers macht es spannend und präsentiert in unregelmäßigen Abständen neue Bewerber. Fünf bis sechs qualifizierte Kandidaten gebe es, orakelt Putin. Drei davon sind schon gesetzt: Neben Dmitri Medwedew und Sergej Iwanow nun auch der neue, bis zu seiner Ernennung vergangene Woche völlig unbekannt Ministerpräsident Wiktor Subkow.

Bereitet der Kremlichef seine eigene Wiederkehr vor? Das dürfte schiefgehen.

Zeit als Wladimir Putin II. in den Kreml zurückkehrt. So ähnlich hat der es jetzt wieder angedeutet. Doch ob diese Rechnung aufginge? Hinter den roten Mauern kämpfen viele Gruppen um Macht, Einfluss und Pfirnden. Jeder Wechsel an der Spitze dürfte eine Dynamik in Gang setzen, die kaum zu steuern ist. Man erinnere sich: Auch Wladimir Putin machte seinen letzten Karriereschritt als unbekannter Ministerpräsident aus der Provinz.

Mehr Kreativität wagen

UNION Mit Konservativen lassen sich keine Wahlen gewinnen. Das jüngste Papier des Quartetts Mappus, Mißfelder, Söder und Wüst greift daher zu kurz, beklagt unser Autor

Von Daniel Dettling

Ist die Union noch auf der „Höhe der Zeit“? Das Quartett der modernen Konservativen um den Fraktionsvorsitzenden der CDU in Baden-Württemberg, Stefan Mappus, CSU-Generalsekretär Markus Söder, den JU-Vorsitzenden Philipp Mißfelder und den CDU-Generalsekretär in Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst, sucht nach dem Alleinstellungsmerkmal der Union. Das Memorandum ist von einer merkwürdigen Larmoyanz und Kulturkritik geprägt, die man heute eigentlich nur noch von Ehemaligen treffen kennt, die sich in die „gute alte Zeit“ zurückwünschen.

Seitenlang und frei von jeder Empirie wird ein „Werteverlust“ beklagt, für den – welch Überraschung! – die „68er“ verantwortlich gemacht werden. „Gleichgültigkeit und Egoismus“ würden zunehmen, „manchen Menschen“ sei „nichts mehr heilig“. Der Verlust an Religion „führt zu einer Erosion bürgerlicher Werte“. Damit stecken die Autoren in der Wertefalle. In der Demokratie entscheidet am Ende die Mehrheit. Und die ist, das ist ein Beweggrund für das Manifest der „modernen Konservativen“, wieder links.

Ihre Klage über den Werteverfall trifft empirisch nicht zu. Die Bürger sind heute engagierter, solidarischer und verantwortungsbewusster als früher. Vereine und Stiftungen erleben einen Boom. Familie und Zusammenhalt stehen selbst bei Jugendlichen ganz oben in der Werteskala. Die heute heranwachsenden Generationen sind moralischer und anspruchsvoller gegenüber Politik und Wirtschaft als früher. Sie wollen echte Partnerschaft und verfolgen eine Politik der Vereinbarkeit vermeintlicher Widersprüche. Familie

und Beruf müssen möglich sein, Verantwortung und Erfolg, Leistung und Solidarität.

Was soll eigentlich bewahrt werden, Werte oder Institutionen? Am Beispiel der Familienpolitik lässt sich der konservative Widerspruch am besten erklären. Geht es der Union um den Wert, Kinder zu erziehen, oder um die Institution Ehe? Geht es um Familienwerte – Ehegattensplitting und Hinterbliebenenrenten – oder um Familien mit Kindern? „Wir haben die Ehe auf Kosten der Familie subventioniert“, hat Altbundespräsident Roman Herzog diese Alternative auf den Punkt gebracht. Kinder brauchen Kinder und ein exzellentes Umfeld, das sie fordert und fördert. Kinder brauchen keine überforderten Eltern, schon gar keine frustrierten alleinerziehenden Mütter.

Die konservativen Autoren versäumen es leider, den eigentlichen Ursachen des Wahldebakels vor zwei Jahren nachzugehen. Das zweitschlechteste Ergebnis in der Geschichte der Partei lässt sich nicht allein und in erster Linie mit der zu geringen Mobilisierung der eigenen Stammwähler erklären. Mit Themen wie Patriotismus und Heimat hätte die Union noch mehr Wähler abgeschreckt. Denn mit ihnen verhält es sich wie mit der Religion: Die Deutschen bekennen sich zu mehr Vaterland und schicken ihre Kinder gerne in konfessionelle Schulen, wollen diese Themen aber nicht einer staatspolitischen Diskussion aussetzen.

In einer Demokratie werden die vorletzten Fragen beantwortet: „Wie wollen wir so leben, dass es möglichst allen gutgeht?“ Die letzten Fragen wollen die Bürger seit der Aufklärung nicht von diesseitigen Organisationen beantwortet wissen. Eine Partei, die das im

21. Jahrhundert versucht, wird zur Gruppe von Sektierern. Die letzte Bundestagswahl steht für einen neuen Trend in Deutschland, den Angela Merkel als Erste erkannt hat: Mit Konservativen wie Merz, Kirchhof und Stoiber lassen sich keine Wahlen mehr gewinnen. Der Wähler hat 2005 dem politischen Angebot der Union – eine Mischung aus Steuerpolitik nach dem Bierdeckel-Prinzip und einer Familienpolitik nach dem Alleinernter-Modell – eine klare Absage erteilt.

Die Frage ist allerdings berechtigt: Hat konservatives Denken in Deutschland überhaupt noch eine Zukunft? Mit den klassisch konservativen Antworten zu Familie und Nation können immer weniger etwas anfangen – weil sie keine Lösungen auf neue Herausforderungen geben. Frauen studieren heute nicht, um gleich danach zu Hause zu bleiben, während sich der Mann und Vater nur am Wochenende länger sehen lässt.

Noch übernehmen die Töchter und Ehefrauen zwei Drittel der Pflege der eigenen Angehörigen. Aber wie lange noch? Die heute heranwachsende Frauengeneration wird dies nicht mehr ohne weiteres aus Aufopferung für die Familie leisten. Und die nächste Rentner- und Pflegegeneration wird es auch nicht mehr erwarten. Ausgerechnet in einem Land, das zum Auswanderungsland geworden ist. Die Teilhabe aller am Wohlstand setzt eine Politik der Talente voraus. Talente brauchen neben Freiheit und Förderung vor allem eine Kultur der Vielfalt und Toleranz. Wer Mehrheiten erringen will, muss auch minderheitenfähig sein. „Mehr Kreativität wagen“ könnte die Überschrift einer neuen Politik lauten.

Deutschland steht vor einer politischen Renaissance. In Zeiten von gefühlter Unsicherheit wächst der Wunsch nach einem sicheren geistigen Gelände. Das traditionelle Fortschrittsversprechen hat seine Glaubwürdigkeit verloren. Eine wachsende Wirtschaft hebt nicht mehr den Wohlstand und die Chancen aller. Die globale Erwärmung

stellt inzwischen auch die Glaubenssätze liberaler Denkschulen infrage. Der Klimawandel ist das größte weltweite Marktversagen. Erkannt hat dies in den USA der konservative Gouverneur Schwarzenegger. In der deutschen Union gibt es dagegen keinen Politiker, der dieses Thema klug besetzt.

Ein intelligenter Neokonservatismus würde sich nicht allein auf das Bewahren und Erneuern, aus Sicherheit und Freiheit, aus Zutrauen und Zumuten ist die Zukunftsaufgabe für den Neokonservatismus. Ein neuer deutscher Konservatismus müsste offensiv mit diesen Widersprüchen umgehen und für eine Politik der Balance kämpfen. Er wäre neugierig und nachhaltig. Sein Leitbild: die kreative Gesellschaft.

Eine solche Gesellschaft braucht alle Bürger und die Unternehmen. Von beiden ist bei Mappus, Söder, Mißfelder und Wüst kaum die Rede. Das deutsche Bruttosozialprodukt hängt heute von einem Viertel der Arbeitnehmer ab, die gut ausgebildet unter besonderem Leistungsdruck stehen. Die anderen drei Viertel werden Arbeit haben und gut leben, wenn diese 25 Prozent erfolgreich sind. Von diesen kreativen Köpfen wird zu wenig gesprochen in einem Land, das zum Auswanderungsland geworden ist. Die Teilhabe aller am Wohlstand setzt eine Politik der Talente voraus. Talente brauchen neben Freiheit und Förderung vor allem eine Kultur der Vielfalt und Toleranz. Wer Mehrheiten erringen will, muss auch minderheitenfähig sein. „Mehr Kreativität wagen“ könnte die Überschrift einer neuen Politik lauten.

Deutschland steht vor einer politischen Renaissance. In Zeiten von gefühlter Unsicherheit wächst der Wunsch nach einem sicheren geistigen Gelände. Das traditionelle Fortschrittsversprechen hat seine Glaubwürdigkeit verloren. Eine wachsende Wirtschaft hebt nicht mehr den Wohlstand und die Chancen aller. Die globale Erwärmung

stellt inzwischen auch die Glaubenssätze liberaler Denkschulen infrage. Der Klimawandel ist das größte weltweite Marktversagen. Erkannt hat dies in den USA der konservative Gouverneur Schwarzenegger. In der deutschen Union gibt es dagegen keinen Politiker, der dieses Thema klug besetzt.

Daniel Dettling leitet den Think-Tank Berlinpolis.



Reparaturarbeiten: Wie muss die CDU des 21. Jahrhunderts aussehen, um für Wähler attraktiv zu sein?

FOTO: DDP

Bürger zweiter Klasse

GROSSBRITANNIEN Die Gewerkschaften fallen Labour in den Rücken: Sie pochen auf europäische Rechte

Von Sebastian Berger, London

Wie hältst du's mit Europa, Britannien? Nicht nur die Tories beißen sich an dieser Gretchenfrage die Zähne aus. Vor dem Parteitag am kommenden Wochenende, auf dem sich Gordon Brown den Delegierten erstmals als Regierungschef und Parteichef stellen muss, ist auch bei der regierenden Labour-Partei die Debatte über die europäische Integration voll entbrannt.

Vordergründig geht es um die Frage, ob die Briten per Referendum über den neuen EU-Reformvertrag abstimmen sollen. Natürlich, argumentieren Abgeordnete wie Gisela Stuart, schließlich habe man dies den Wählern im Wahlkampf 2005 versprochen: „Daran sollten wir uns halten. Das ist eine Frage des Vertrauens.“ Außerdem stimme das neue Dokument in allen wesentlichen Punkten überein mit der EU-Verfassung, die Franzosen und Niederländer per Volksabstimmung abgeschmettert hatten. Stuart war als Konventsdelegierte an der Ausarbeitung der EU-Verfassung beteiligt.

Der Reformvertrag sei ein „vollkommen anderes Dokument“, hält Regierungschef Brown dagegen. Außerdem müssten die Details noch von ei-

ner Regierungskonferenz festgelegt werden. Sollten dort die „roten Linien“ Londons respektiert werden, sieht Brown „keine Notwendigkeit“ für ein Referendum.

„Unehrlich, feige und gefährlich“ findet die Sonntagszeitung „The Observer“ Browns Europapolitik: Der Premierminister weigere sich, offensiv für die EU zu argumentieren. Die Regierung sei „zu eingeschüchert, um über Europa zu reden“, sagt Tim Horton von der Labour-nahen Denkfabrik Fabian Society und liefert auch gleich eine Begründung: „Gegenüber der EU herrscht in der Bevölkerung eine gänzlich unreflektierte Ablehnung.“

Diese Haltung wird von der überwiegend europafeindlichen Presse angeheizt. Die Londoner Debatte beherrschen Zeitungen wie die „Daily Mail“ und die Blätter des Medienunternehmens Rupert Murdoch („Times“, „Sun“). Wie sich der amerikanische Staatsbürger Murdoch die EU vorstellt, war kürzlich in einem Leitartikel der „Sun“ nachzulesen: „Unsere Politiker müssen die EU wieder zu jener Freihandelszone machen, die vor einem halben Jahrhundert angestrebt wurde.“

In seinen ersten Amtswochen ist der Premierminister besonders der „Daily

Mail“ bei innenpolitischen Aufregerten Themen entgegengekommen. Könnten solche Zugeständnisse die Medien milder stimmen, wenn es um den EU-Vertrag geht? Brown-Kenner halten für gut möglich, dass in der Downing Street so gedacht wird. In seinem Umfeld werde Europa „immer nur durch das Prisma der Innenpolitik“ gesehen, seufzt ein Kenner der Verhältnisse.

Die Gefechtslage beim Parteitag im südenglischen Bournemouth wird für Brown dadurch erschwert, dass Europa auch für die Gewerkschaften zum Reizfeld geworden ist. Ihnen galt Brüssel seit Mitte der Achtzigerjahre als Gegenpol zu den harschen Wirtschaftsreformen Margaret Thatchers. Eine der ersten symbolhaften Handlungen der neuen Labour-Regierung war 1997 der Beitritt zur EU-Sozialcharta, aus der sich die konservative Vorgänger-Regierung herausgehalten hatte.

Umso mehr haben sich die Arbeitnehmervertreter über die Verhandlungen zum EU-Vertrag auf dem Brüssel-Juni-Gipfel geärgert. Dort ließ sich die Labour-Regierung unter deutschem Ratsvorsitz zusichern, dass der Grundrechtekatalog keine bindende Wirkung für britische Gerichte entfaltet. Der Grund: Britische Arbeiter

könnten sich auf dem Umweg über Europa zusätzliche Streikrechte erkaufen. Auf dem Kongress ihres Dachverbandes TUC erteilten die Gewerkschaftler ihrem Parteifreund Brown deshalb eine saftige Ohrfeige: Sie stimmten der Forderung der Gewerkschafts-Linken nach einem Referendum über den EU-Vertrag zu und setzten sich damit über einen direkten Appell des Premierministers hinweg.

Dass hinter der Entscheidung weder neu entdeckte Begeisterung über Plebiszite noch grundsätzliche EU-Feindschaft stecken, verdeutlicht der einflussreiche Boss der größten Einzelgewerkschaft Unite, Tony Woodley: „Unsere Regierung befürwortet ein Europa, in dem britische Arbeitnehmer Bürger zweiter Klasse sind. Dem können wir nicht zustimmen.“

Tim Horton von der Fabian Society zuckt angesichts dieser Taktik resigniert mit den Schultern: „Es ist schwer, Wahnsinn zu erklären.“ Immerhin hat der Wahnsinn Methode. Bei entsprechenden Zugeständnissen würden die Arbeitnehmer auf die Regierungslinie einschwenken und ihre Forderung nach einem Referendum fallen lassen. Für innerparteilichen Zündstoff ist in Bournemouth reichlich gesorgt.